

## Arbeitslosigkeit-Argumente und Scheinargumente

---

*Hartmut Seifert, geboren 1944 in Tilsit, studierte Volkswirtschaftslehre in Würzburg und Berlin. Er ist Referent für Arbeitsmarktpolitik im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) des DGB.*

Mit dem konjunkturellen Einbruch Ende 1973 wurde die bislang schwerste Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik ausgelöst. Während die gesamtwirtschaftliche Produktionsaktivität nach dem Konjunkturtief 1975 - wenn auch mit einer neuerdings wieder erlahmenden Intensität - zu positiven Zuwachsraten zurückgekehrt ist und damit verbunden die Einkommensentwicklung aus Unternehmertätigkeit sprunghaft zugenommen hat, dauert die Massenarbeitslosigkeit weiter an. Die relativ geringen Wachstumsraten der Jahre 1976/77 und mit hoher Wahrscheinlichkeit auch des kommenden Jahres<sup>1</sup> erforderten keinen zusätzlichen Einsatz von Arbeitskräften. Sie lassen sich allein durch eine gesteigerte Produktivität erzielen. Deshalb ist nicht nur für 1978 mit einer weiterhin ungebrochenen Schärfe und Hartnäckigkeit der Beschäftigungsprobleme zu rechnen. Wenn sich nämlich die Wachstumsaussichten in den kommenden Jahren nicht grundlegend ändern und auf ein Niveau klettern, das die jährlichen Durchschnittswerte selbst der wachstumsstarken 60er Jahre übertrifft, wird die hohe Unterbeschäftigung noch weiter anwachsen. Denn allein aufgrund der bis zum Ende der 80er Jahre um knapp eine Million zunehmenden Zahl an inländischen Erwerbspersonen würde die Arbeitslosenzahl die Zweimillionenmarke übersteigen.

Mit der anhaltenden und der sich abzeichnenden düsteren Arbeitsmarktsituation ist das bislang vorherrschende Dogma einer krisenfreien Wirtschaftsentwicklung gründlich in Frage gestellt worden. Eine erforderliche Bilanz des bisherigen wirtschaftspolitischen Verständnisses und Handelns sowie daran anknüpfende Neuorientierungen stoßen jedoch auf Widerstände. Ausdruck hierfür sind u. a. auch die sich in jüngster Zeit häufenden öffentlichen Diskussionsbeiträge,

- die entweder das Problem der Arbeitslosigkeit zu verharmlosen suchen,
- die bestehende gesellschafts- und wirtschaftspolitische Maximen wie das Vollbeschäftigungsziel zurückschrauben wollen
- oder die die Ursachen der Arbeitslosigkeit von gesamtwirtschaftlichen Faktoren auf individuelle Verhaltensweisen der Betroffenen zu verlagern versuchen.

---

<sup>1</sup> Vgl. DIW-Wochenbericht 42-43/77.

*Rechenkunststücke schaffen keine Vollbeschäftigung*

Nachdem es trotz verschiedener wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen nicht gelungen ist, die Arbeitslosenzahl deutlich unter die Millionengrenze zu verringern, versuchen einige öffentliche Diskussionsbeiträge die Unterbeschäftigung mit Hilfe definitorischer „Kunstgriffe“ und mancherlei „Rechenoperationen“ optisch zu mildern und damit zu verharmlosen. Das Schema der verschiedenen in diese Richtung zielenden Bemühungen läßt sich leicht auf einen gemeinsamen Nenner bringen: Ausgehend von der regelmäßigen Berichterstattung der Bundesanstalt für Arbeit, die die Arbeitslosenzahlen nach verschiedenen sozialen und individuellen Kriterien auffächert, werden Arbeitslose mit bestimmten Merkmalen einfach von der Gesamtzahl der Arbeitslosen abgespalten. Während die amtliche Statistik mit ihrer differenzierten Darstellung versucht, die *Gesamtarbeitslosigkeit* nach einzelnen Merkmalausprägungen zu untergliedern, um vor allem der Arbeitsmarktpolitik sinnvolle und notwendige Informationen für die Problemanalyse sowie für die Konzeption von Lösungsansätzen zu liefern, nutzen einige Autoren die Untergliederung eines Gesamtkomplexes zu dessen Verkleinerung.

Diese Operationen laufen dann folgendermaßen ab. Unter dem Etikett einer Arbeitsmarktanalyse stellt beispielsweise *Herbert Karry*, hessischer Minister für Wirtschaft und Technik, Ausmaß und Bedeutung der augenblicklichen Arbeitslosigkeit mit folgender Rechnung in Frage: Zuerst einmal werden die rd. 180 000 (September 1977) an einer Teilzeitarbeit interessierten Arbeitslosen von der Gesamtarbeitslosenzahl abgezogen. In einem zweiten Schritt werden dann für sämtliche Arbeitslose, die aufgrund bestimmter Merkmale als sogenannte Problemgruppen bezeichnet werden, gesonderte, angeblich in der Person der Betroffenen liegende Kriterien angeführt, die deren Arbeitslosigkeit als ein Spezialproblem erscheinen lassen sollen<sup>2</sup>. Demnach ist Jugendarbeitslosigkeit kein gesellschaftliches, eng mit der gesamten Beschäftigungskrise verbundenes Problem, sondern „unter den 98 360 Arbeitslosen im Alter unter 20 Jahren verbergen sich zu einem großen Teil Einzelprobleme“<sup>3</sup>. Diese sogenannten Einzelprobleme werden dann konkretisiert mit mangelnder Bereitschaft, „scheinbar weniger attraktive Ausbildungs- und Arbeitsstellen anzunehmen oder auch sich durch Aus- und Fortbildungsmaßnahmen zu qualifizieren“<sup>4</sup>.

Ebenso soll suggeriert werden, ältere Arbeitslose hätten kein Interesse an einer weiteren Beschäftigung. Auch die knapp 40 000 arbeitslosen Schwerbehinderten sowie die rd. 230 000 Arbeitslosen mit gesundheitlicher Einschränkung werden als gesonderte, von der Gesamtarbeitslosigkeit abzutrennende Probleme behandelt. Indem man die Wiederbeschäftigung dieser Arbeitslosen als eine individuelle, nur in

---

2 Vgl. Arbeitslosigkeit kein ganz echtes Problem, „Handelsblatt“ vom 17. 10. 1977; hierzu auch: Karry, H.-H., Die Realität jenseits der Schlagzeilen, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 30. 7. 1977.

3 Ebenda.

4 Ebenda.

Einzelverfahren zu lösende Aufgabe interpretiert, weckt man gleichzeitig den Eindruck, als sei die Arbeitslosigkeit in diesen Fällen nicht durch krisenbedingte Faktoren verursacht und unabhängig von der Gesamtnachfrage nach Arbeitskräften entstanden. Wenn man schließlich noch die arbeitslosen Frauen in der Arbeitsmarktbeurteilung vernachlässigt, dann ist man „damit nicht einmal so weit von dem entfernt, was manche Ökonomen unter ‚Vollbeschäftigung‘ verstehen“<sup>5</sup>. Noch drastischer läßt sich die Arbeitslosenzahl nach unten manipulieren, indem man anstelle der arbeitslosen Personen nur die Zahl der arbeitslosen Familien registriert<sup>6</sup>.

Nach diesen Rechenkunststücken auf der Basis willkürlicher Definitionen und diffamierender Klassifizierungen schrumpft in einer Gegenüberstellung der noch übriggebliebenen Arbeitslosen mit der Zahl der offenen Stellen das Ausmaß der konjunkturellen und strukturellen Arbeitslosigkeit nahezu auf Null. Das Ergebnis lautet dann, daß die relativ wenigen noch vorhandenen Arbeitslosen letztlich nur Sucharbeitslose sind. Deren Wiederbeschäftigung bedarf jedoch weder beschäftigungspolitischer Sondermaßnahmen noch wirtschaftspolitischer Neuorientierungen.

#### *Das Recht auf Arbeit gilt für alle Arbeitnehmer*

Das vorangegangene Beispiel, wie man Arbeitslosigkeit wegdefinieren kann, demonstriert sehr anschaulich die Versuche, nicht nur die Krisenlasten ökonomisch auf die abhängig Beschäftigten abzuwälzen, sondern auch bislang gültige gesellschaftliche Normen, Ansprüche, Ziele und Errungenschaften zurückzuschrauben. Damit wird auch deutlich, daß bestimmte soziale Positionen der abhängig Beschäftigten - einmal errungen - besonders in Krisen verstärkten Angriffen ausgesetzt sind.

Während z. B. vor einigen Jahren angesichts eines knappen Arbeitskräfteangebots verstärkte Anstrengungen unternommen wurden, bislang nicht Erwerbstätige als zusätzliche Arbeitskräfte zu mobilisieren, soll diesen Arbeitnehmern heute das Recht auf Arbeit abgesprochen werden. Unverhohlen hält *Breitenstein* nicht nur ein Plädoyer für eine permanente Arbeitskräftereserve, sondern seine Argumentation gipfelt in einer Verkehrung anerkannter, fundamentaler gesellschaftlicher Zielsetzungen: In einer zynischen Metapher vergleicht er den Arbeitslosen mit einem Soldaten, „dessen Einsatz zu der Arbeit, für die er ausgebildet worden ist, für alle ein großes Unglück wäre“<sup>7</sup>. Der Autor setzt sich nicht nur rigoros über die Arbeitslosigkeit mit ihren vielfältigen sozialen, psychischen und ökonomischen Folgen hinweg, sondern das Ziel der Vollbeschäftigung wird eindeutig begraben. Jedes Plädoyer für eine Arbeitskräftereserve steht aber im scharfen Gegensatz zu den gesetzlichen

---

5 Wirklich eine Million Arbeitslose? „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 28. 7. 1977.

6 Vgl. Auf der Strecke . . . , „Die Zeit“ vom 12. 8. 1977.

7 Breitenstein, R., Wozu überhaupt Vollbeschäftigung?, „Die Zeit“ vom 15. 7. 1977. -

Grundlagen, die die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zur Herstellung des Vollbeschäftigungszieles verpflichten.

Nicht nur das Stabilitätsgesetz und das Arbeitsförderungsgesetz benennen das Vollbeschäftigungsziel als eine verpflichtende Aufgabe des Staates. Auch verschiedene Länderverfassungen versuchen der besonderen sozialen und ökonomischen Position der Mehrheit der Bevölkerung mit der Verankerung des Rechts auf Arbeit entsprechend dem normierten Sozialstaatspostulat Rechnung zu tragen. Denn lohnabhängige Arbeit stellt für die Mehrheit der Bevölkerung, die nicht über eigene Produktionsmittel verfügt, die einzige Möglichkeit der Existenzsicherung dar. Darüber hinaus verkörpert die Möglichkeit zur Arbeit eine wesentliche Voraussetzung zur Selbstverwirklichung des Menschen. Durch jede Relativierung oder Einschränkung des Vollbeschäftigungszieles wird Arbeitslosigkeit als eine Dauererscheinung prinzipiell akzeptiert. Für einen Teil der abhängig Beschäftigten bedeutet dies, daß der durch Arbeitslosigkeit verursachte ökonomische und soziale Abstieg politisch sanktioniert wird. Letztlich ist jedoch die Gesamtheit aller abhängig Erwerbstätigen durch die soziale Demontage anerkannter Prinzipien und Normen, die die sozialen und ökonomischen Positionen der Beschäftigten zu schützen suchen, generell betroffen. Denn die Gefahr, den Arbeitsplatz zu verlieren, besteht ständig für jeden Arbeitnehmer. Eine Politik, die jedoch auf eine Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Vollbeschäftigung verzichtet, verschärft die Möglichkeit des Arbeitsplatzverlustes. Deshalb ist jedes Plädoyer für eine Arbeitskräftereserve ein scharfer Angriff auf die Arbeits- und Lebensbedingungen aller abhängig Beschäftigten.

#### *Betriebliche Strategien lassen Problemgruppen entstehen*

Mit der Strategie, einzelne Personengruppen mit bestimmten Merkmalen aus der Gesamtheit der Arbeitslosen abzuspalten, wird ein zweifaches Ziel verfolgt. Zum einen soll deren spezifische Beschäftigungssituation als Resultat individueller Faktoren ausgegeben werden und nicht als Ausdruck und Folge der allgemeinen Krisensituation. Zum anderen kaschiert die Betonung individueller Merkmale die tatsächlichen Ursachen, die überhaupt erst zum Entstehen von Problemgruppen geführt haben.

So erscheint die Bezeichnung „Problemgruppe“ schon selbst als irreführend. Sie suggeriert nämlich, daß das Problem der Arbeitslosigkeit in persönlichen Merkmalen der Betroffenen liege, so, als ob es ein genuines Arbeitsmarktproblem sei, weiblich zu sein oder ein bestimmtes Alter zu haben oder gesundheitlich beeinträchtigt zu sein. Diese nur an den oberflächlichen Erscheinungsmerkmalen anknüpfende Betrachtung geht jedoch an den tatsächlichen Ursachen vorbei. Die spezifischen Merkmale, die bestimmte Personen als sogenannte Problemgruppen definieren, charakterisieren nämlich nicht a priori eine bestimmte Problemlage, sondern sind an ökonomische Voraussetzungen gebunden: Erstens relativiert sich die Problemsitua-

tion von weiblichen, älteren oder jüngeren Arbeitslosen sowie von Personen mit gesundheitlicher Einschränkung je nach der generellen Arbeitsmarktlage. Auf dem Hintergrund einer allgemeinen Massenarbeitslosigkeit ist dann zweitens die überproportional hohe Unterbeschäftigung bestimmter Arbeitnehmergruppen auf selektive Beschäftigungsentscheidungen der Beschäftigten zurückzuführen.

Marktwirtschaftliche Systeme sind gekennzeichnet durch Fehlentwicklungen, die sich in Rezessionen und Krisen mit entsprechender Arbeitslosigkeit niederschlagen. So konnte das in der Krise 1974/75 nur um 0,5 Prozent gewachsene bzw. mit einer Rate von -2,6 Prozent sogar geschrumpfte wirtschaftliche Wachstum mit einer um -1,9 Prozent bzw. -3,3 Prozent verringerten Zahl an Erwerbstätigen erstellt werden. Die in diesen Jahren entstandene Millionenarbeitslosigkeit blieb bis heute nahezu konstant, da 1976 und 1977 der wirtschaftliche Zuwachs allein durch eine Produktivitätssteigerung erzielt wurde.

Unter diesen Bedingungen einer massenhaften Arbeitskräftereserve versucht die betriebliche Personalpolitik, gemäß dem unternehmerischen Gewinnmaximierungsziel, erstens jene Arbeitskräfte auszuwählen und zu halten, deren Beschäftigung ökonomisch als besonders rentabel erscheint. Zweitens ist zu vermuten, daß bei der Auswahl der zu beschäftigenden bzw. zu entlassenden Arbeitskräfte auch politische Aspekte eine Rolle spielen. Arbeitskräfte, deren politischer Widerstand als relativ schwach eingeschätzt wird, dürften eine relativ geringere Beschäftigungssicherheit besitzen<sup>8</sup>. Der im Verlauf der Beschäftigungskrise gestiegene relative Anteil der Problemgruppen an der Gesamtarbeitslosigkeit demonstriert die personalpolitischen Selektionsstrategien. Zwischen Mai 1975 und Mai 1977 stieg der Anteil der Arbeitslosen mit gesundheitlichen Einschränkungen von 18 Prozent auf 25 Prozent. In der ersten Phase zu Beginn der Krise ließen die massenhaften Entlassungsaktionen nicht immer eine genaue Auswahl zu. Außerdem herrschte vielfach die Meinung vor, es handele sich um eine kurzfristige Krisenerscheinung, vergleichbar mit der Rezession 1966/67. Mittlerweile hat sich die Massenarbeitslosigkeit jedoch stabilisiert. Entsprechend konnten die Betriebe Zeit und Gelegenheit nutzen, die Beschäftigungszusammensetzung nach den Gegebenheiten des Arbeitsmarktes umzuschichten. Vor allem für Arbeitskräfte, die unter den erweiterten Auswahlbedingungen nicht den heraufgesetzten Ansprüchen genügen, verringern sich die Beschäftigungschancen, nachdem gesundheitliche Gründe schon bei der Entlassung eine wesentliche Rolle gespielt hatten<sup>9</sup>.

Diese Arbeitslosen erfahren dabei die negativen Auswirkungen eines nach tayloristischen Prinzipien gestalteten Arbeitsprozesses, dessen Hauptziel auf die höchstmögliche Verwertung der eingesetzten Arbeitskraft gerichtet ist, in doppelter Weise. Zum einen ist das Handicap der gesundheitlichen Einschränkung in vielen Fällen

---

8 Vgl. Dombois, R., Massenentlassungen bei VW: Individualisierung der Krise, in: *Leviathan* 4/1976.

9 Vgl. Brinkmann, Ch., Arbeitslosigkeit und Mobilität, in *MittAB*, 2/1977, S. 208.

betriebsbedingten bzw. tätigkeitsbedingten Verursachungsfaktoren zuzuschreiben<sup>10</sup>. Zum anderen bewirken diese durch die Bedingungen, Struktur und Organisation des Arbeitsprozesses verursachten Einschränkungen des Arbeitsvermögens ein überproportionales Beschäftigungsrisiko. Gerade solange eine hohe Arbeitskräftereserve existiert, mindert der über Jahre andauernde Verschleißprozeß einzelner besonders belasteter Arbeitskräfte deren Konkurrenzchancen gegenüber den noch weniger Verbrauchten. Im Bereich des Betriebes angesiedelte Faktoren spielen also eine zentrale Rolle für die Herausbildung dieser Problemgruppen.

Auch die überproportional hohe Arbeitslosigkeit von Frauen und Arbeitslosen bestimmter Altersgruppen ist Ausdruck personalpolitischer Strategien. Bei einem allgemein hohen Unterbeschäftigungsniveau schlagen sich die auf weitgehender Entscheidungsautonomie der Unternehmer beruhenden Personaldispositionen in verstärkt restriktiven Einstellungsanforderungen nieder. So setzt sich die traditionelle Abschottung vieler Tätigkeiten und Berufe gegenüber Frauen in einem geschlechtsspezifisch geteilten Angebot an offenen Stellen fort. Obwohl über 50 Prozent aller Arbeitslosen weiblich sind, stehen Frauen nur etwas über 40 Prozent aller offenen Stellen für eine Bewerbung offen. Insgesamt waren sogar rd. 95 Prozent aller im Mai 1977 gemeldeten offenen Stellen mit der einschränkenden Auflage verbunden, entweder nur mit einem männlichen oder einem weiblichen Bewerber besetzt zu werden. Geschlechtsspezifische Auflagen stellen aber nur ein Hindernis bei der Besetzung von offenen Stellen dar. Daneben wiesen 39 Prozent der offenen Stellen den Vermerk einer Höchstaltersbegrenzung und rd. 36 Prozent den einer Mindestaltersbegrenzung auf. Für bestimmte Altersgruppen verengen sich damit die Chancen einer erfolgreichen Wiederbeschäftigung erheblich. Kombiniert man diese verschiedenen Einstellungsauflagen miteinander, dann wird — abgesehen von den regionalen und berufsspezifischen Aspekten - eine Besetzung von offenen Stellen häufig durch personalpolitische Entscheidungen unmöglich gemacht. Denn ein großer Teil potentieller Arbeitsplatznachfrager wird a priori von einer Bewerbung ausgeschlossen.

Solange aber sowohl die Gestaltung der Arbeitsbedingungen ebenso wie die zentralen personalpolitischen Entscheidungen weitgehend allein durch Dispositionen der Kapitaleseite getroffen werden, läßt sich das Entstehen von sogenannten Problemgruppen kaum verhindern. Außerdem bleiben arbeitsmarktpolitische Maßnahmen relativ bescheiden in ihrer Wirkung, wenn sie erst dann einsetzen, nachdem sich Problemgruppen bereits herausgebildet haben. Der eigentliche Ursachenherd liegt nämlich außerhalb der arbeitsmarktpolitischen Reichweite. An dieser Stelle zeigt sich ein besonderes Dilemma der öffentlichen Arbeitsmarktpolitik. So wurden z. B. in einem Sonderprogramm von November 1976 insgesamt 180 Mio. DM als

---

<sup>10</sup> Vgl. z. B. Konstanty, R., Rimmel, E., Arbeitsunfälle und arbeitsbedingte Krankheiten, in: Kasiske (Hrsg.), Gesundheit am Arbeitsplatz, Reinbek 1976, Projektgruppe im WSI, Betriebliche Beschäftigungspolitik und gewerkschaftliche Interessenvertretung, WSI-Studie Nr. 34, Köln 1977.

Eingliederungsbeihilfen für schwer vermittelbare Arbeitslose zur Verfügung gestellt. In dieser Personengruppe sind u. a. Ältere und Arbeitnehmer mit gesundheitlichen Einschränkungen überproportional stark vertreten. Mit Hilfe von finanziellen Anreizen sollen die Unternehmen stimuliert werden, jene Arbeitnehmer wieder einzustellen, die sie vorher als angeblich nicht mehr „brauchbar“ ausgemustert haben oder die sie durch erhöhte Einstellungsauflagen aus dem Bewerberkreis ausschließen. Im Grunde genommen honorieren diese arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gerade das Selektionsprinzip der Unternehmer, das wesentlich zur Entstehung von Problemgruppen beiträgt. Führt man diesen Gedanken konsequent zu Ende, dann müßte sich sogar jeder ökonomisch rational handelnde Betrieb durch derartige Maßnahmen animiert fühlen, die Ausmusterung bzw. Nichteinstellung bestimmter Arbeitnehmer noch konsequenter zu betreiben, um später bei einer Wiedereinstellung über arbeitsmarktpolitische Hilfen die Personalkosten erheblich reduzieren zu können.

Im Interesse der Arbeitnehmer wird es zukünftig darauf ankommen, sowohl die Einflußmöglichkeiten auf betriebliche Entscheidungen auszubauen als auch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen mit den betrieblichen Bedingungen stärker zu koordinieren. Die Wirksamkeit öffentlicher Arbeitsmarktpolitik ließe sich nämlich steigern, wenn es ihr gelänge, zu den Verursacherfaktoren vorzudringen und sie zu reduzieren oder gar auszuschalten.

#### *Zur These der mangelnden Arbeitsbereitschaft*

Nach einer Umfrage der Industrie- und Handelskammer in Koblenz sind 57,2 Prozent der Firmenchefs der Meinung, die Behauptung, offene Stellen seien nicht zu besetzen, weil geeignete Arbeitslose nicht arbeitswillig sind, stimme in vielen Fällen<sup>11</sup>. Ähnliche Verlautbarungen finden sich häufig in der Tagespresse. So ist die Junge Union in Bayern der Ansicht, die Millionenarbeitslosigkeit sei nicht nur ein Zeichen des Arbeitsmangels, sondern zu einem Drittel auch ein Zeichen des Arbeitsunwillens<sup>12</sup>.

Im völligen Gegensatz zu derartigen Polemiken stehen die offiziellen Arbeitsmarktdaten sowie repräsentative Untersuchungen über die psychischen und ökonomischen Belastungen der Arbeitslosigkeit. Ein Vergleich der Zahl der Arbeitslosen mit der Zahl der offenen Stellen zeigt, daß im Oktober 1977 ca. vier Arbeitslose um einen angebotenen Arbeitsplatz konkurrierten. Noch ungünstiger fallen die Relationen auf einzelnen Teilarbeitsmärkten aus. Auf mehr als sechs arbeitslose Frauen kommt eine offene Stelle. Bei den Teilzeitarbeitsplätzen sind die Wiederbe-

---

11 Vgl. Industrie- und Handelskammer zu Koblenz, Lieber Stempelgeld als Arbeit? Eine Untersuchung der IHK zu Koblenz über Erfahrungen der Unternehmen mit Arbeitslosen, Koblenz 1977.

12 Vgl. Ein Drittel arbeitsunwillig, „Frankfurter Rundschau“ vom 28. 6. 1977.

schäftigungsmöglichkeiten nahezu aussichtslos: Für jeweils 11 Frauen ist nur eine entsprechende Stelle ausgeschrieben. Angesichts dieser Relationen kommen Behauptungen wie die oben zitierten einer Tatsachenumkehrung gleich: Die Massenarbeitslosigkeit dauert weiter an, nicht weil die Arbeitslosen arbeitsunwillig sind, sondern weil das Angebot an Arbeitsplätzen nach wie vor viel zu gering ist. Repräsentative Unternehmensbefragungen bestätigen sogar die äußerst zurückhaltende Arbeitskräftenachfrage auch für die kurz- bis mittelfristige Perspektive<sup>13</sup>. Solange nicht eine kräftige Nachfragebelebung die Auftragssituation nachhaltig verbessert, werden auch keine umfangreichen Personaleinstellungen vorgenommen. Aus der Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter ist schließlich bekannt, daß offene Stellen im Durchschnitt nur etwas über einen Monat unbesetzt bleiben und 60 Prozent der monatlich neu gemeldeten Stellen schon im Eingangsmonat besetzt werden können<sup>14</sup>. Überdies wurde in keiner Region der Bundesrepublik eine nennenswerte Zahl über längere Zeit unbesetzbarer Arbeitsplätze registriert.

Sowohl die amtlichen Arbeitsmarktdaten als auch die vielfältigen Belastungen, die sich für die Betroffenen aus dem Arbeitsplatzverlust ergeben, lassen die Argumentation über die sogenannten „Berufsarbeitslosen“ und „Drückeberger“ als absurd erscheinen. Dies gilt auch für eine Behauptung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), daß die Differenz zwischen Arbeitslosenunterstützung und Nettoeinkommen zu gering sei, um Arbeitslose zur Arbeitsaufnahme zu motivieren<sup>15</sup>.

Im Jahre 1976 betrug das durchschnittliche Nettoeinkommen je abhängig Beschäftigten rd. 1400 DM pro Monat. Im gleichen Zeitraum wurden durchschnittlich etwa 940 DM Arbeitslosengeld bzw. 770 DM Arbeitslosenhilfe im Monat gezahlt. Mit dem Empfang von Lohnersatzleistungen hat sich demnach das verfügbare Einkommen um etwa ein Drittel bzw. nahezu die Hälfte reduziert, was für die Betroffenen eine erhebliche Einschränkung des finanziellen Spielraumes bedeutet. Zu berücksichtigen bleibt ferner, daß nur ein Teil der Arbeitslosen Anspruch auf Lohnersatzleistungen geltend machen kann, da mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit die maximale Bezugsdauer für Arbeitslosengeld von immer mehr Personen überschritten wird: Zwischen Mai 1975 und Mai 1977 stieg der relative Anteil der über ein Jahr Arbeitslosen von 7,0 Prozent auf 18,1 Prozent. Dieser Wert würde noch wesentlich höher ausfallen, wenn man die vor allem nach längerer Arbeitslosigkeit in die stille Reserve abgewanderten Arbeitslosen hinzurechnet. Auch der Anteil der Arbeitslosen, die anstelle des höher dotierten Arbeitslosengeldes nur noch Arbeitslosenhilfe erhalten, ist in diesem Zeitraum von 10 Prozent auf 15 Prozent gestiegen.

---

13 Vgl. Nerb, G., Reyher, L., Spitznagel, E., Struktur, Entwicklung und Bestimmungsgrößen der Beschäftigung in Industrie und Bauwirtschaft auf mittlere Sicht. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung, in: MittAB 2/1977.

14 Vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, Kurzbericht vom 6. 7. 1977.

15 Vgl. Schwarze Schafe bei den Arbeitslosen, „Handelsblatt“ vom 19. 4. 1977.



Angesichts der einschneidenden finanziellen Verschlechterungen verwundert es nicht, daß die überwiegende Mehrheit der Arbeitslosen mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat<sup>16</sup>. Ein Teil der Betroffenen wird dabei an den Rand des existenziellen Minimums gedrängt. Jede Kürzung der Lohnersatzleistungen würde also die materielle Not entscheidend verschärfen.

Obschon die ökonomischen Nachteile der Arbeitslosigkeit sehr drastisch ausfallen, werden die psychosozialen Belastungen von einem großen Teil der Betroffenen als noch gravierender empfunden. Mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit verschärft sich die Problemlage noch weiter. Dabei können sogar schwere Gesundheitsstörungen wie Schlafstörungen, nervöse Herzbeschwerden, Kreislaufunlabilität oder Magengeschwüre auftreten<sup>17</sup>.

Die These über die mangelnde Arbeitsbereitschaft wird auch durch Untersuchungsergebnisse über die Bemühungen der Arbeitslosen, eine Wiederbeschäftigung zu finden, gründlich widerlegt<sup>18</sup>. Um wieder arbeiten zu können, nahmen Arbeitslose durchschnittliche Einbußen des Nettoeinkommens von etwa 100 DM in Kauf. Ebenso mußte knapp die Hälfte der Arbeitslosen nach der Arbeitslosigkeit den Beruf wechseln, „wobei drei Viertel der Personen mit einem Berufswechsel von ihren bisherigen beruflichen Kenntnissen und Fertigkeiten am neuen Arbeitsplatz wenig, sehr wenig oder nichts verwerten können“<sup>19</sup>. Ein Berufswechsel war dabei jedoch häufiger mit beruflichem Abstieg als mit Aufstieg verbunden.

Diese Ergebnisse deuten auf eine hohe Anpassungsbereitschaft der Arbeitslosen hin, die ihnen durch das knappe Arbeitsplatzangebot aufgezwungen wird. Dagegen ist die These der mangelnden Arbeitsbereitschaft als propagandistischer Versuch zu werten, die Bereitschaft der Arbeitssuchenden zu fördern, sich möglichst widerstandslos verschlechterten Arbeits- und Einkommensverhältnissen anzupassen.

#### *Die politische Absicht*

Es dürfte offensichtlich geworden sein, daß eine Reihe der in der Öffentlichkeit vorgetragenen Thesen zum Problem Arbeitslosigkeit nicht oder kaum durch empirische Befunde zu belegen ist. Gerade diese Widersprüchlichkeit wirft die Frage nach dem beabsichtigten Zweck der Diskussionsbeiträge auf. Die verfolgte Absicht erscheint dabei recht durchsichtig und eindeutig.

Zum einen soll der Eindruck erweckt werden, daß Arbeitslosigkeit zumindest zu einem erheblichen Teil durch individuelle Verhaltensweisen verursacht sei. In diesem Fall wären die Betroffenen für ihre Situation verantwortlich zu machen. Damit

---

16 Vgl. Brinkmann, Ch., Finanzielle und psychosoziale Belastungen während der Arbeitslosigkeit in: MittAB 4/1976.

17 Vgl. Müller-Limmroth, W., Arbeitslosigkeit macht krank, in: „metall“, 3/1976, S. 8 f.

18 Vgl. Brinkmann, Ch., Arbeitslosigkeit und Mobilität, a.a.O.

19 Ebenda, S. 218.

ist gleichzeitig der Versuch verbunden, von den gesamtwirtschaftlichen Ursachen der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit abzulenken. Denn die Suche nach den Ursachen könnte Fehlentwicklungen bloßlegen, die aus der gegebenen Wirtschaftsordnung resultieren. Schließlich trägt die Strategie der Individualisierung dazu bei, die Gesamtheit der Arbeitnehmer zu spalten in Arbeitsplatzinhaber und Arbeitslose. Eine Individualisierung der Ursachen von Arbeitslosigkeit kann aber auch zur Folge haben, daß sich die Betroffenen resignativ aus der politischen und gewerkschaftlichen Aktivität zurückziehen und damit kollektive Lösungsversuche schwächen. Gerade aber in Krisensituationen ist die Geschlossenheit aller Arbeitnehmer wesentliche Voraussetzung, um einer Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen erfolgreich entgegenzutreten.

Eine Reihe von Diskussionsbeiträgen spricht sich ferner in recht offener Form für eine Beibehaltung der Arbeitskräftereserve aus. Indem der *Sachverständigenrat* Arbeitszeitverkürzungen mit dem Hinweis auf eine mögliche Arbeitskräfteknappheit in den 90er Jahren generell ablehnt, plädiert er implizit für die Beibehaltung einer hohen Arbeitskräftereserve in den kommenden Jahren<sup>20</sup>. Eine hohe Arbeitslosigkeit verschlechtert jedoch nicht nur die Lebensbedingungen der Betroffenen, sondern engt auch die Verhandlungspositionen der Beschäftigten ein und schafft eine Situation, in der die Arbeitnehmerinteressen nur unter erschwerten Bedingungen durchzusetzen sind. Schließlich ist für jeden Beschäftigten permanent die Gefahr gegeben, gegen einen Arbeitslosen ausgetauscht zu werden und den Arbeitsplatz zu verlieren. Deshalb wird die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung zur aktuellsten und dringlichsten gewerkschaftlichen Aufgabe.

---

20 Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1976/1977, Bundestagsdrucksache 7/5902, Ziffer 317.